

**Statement des ASU-Präsidenten Dr. Patrick Adenauer  
Symposium „Gesellschaftliche Verantwortung – Herausforderung für Unternehmen“  
16. Juni 2005 in Berlin**

Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft

Eine Bemerkung zu Beginn : Sozial sind die gewinnbringenden Unternehmer, die sich dem Wettbewerb stellen und Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Der Nationalökonom Alexander Rüstow sagte: „Es ist allgemein üblich zu sagen: in der Marktwirtschaft ist der Egoismus als Triebkraft zulässig, weil eben durch die Marktgesetze dafür gesorgt wird, daß er sich im Sinne des Gemeinwohls auswirkt. Diese Formulierung des Marktmechanismus scheint mir bedenklich zu sein. Das, was in Wirklichkeit als Triebkraft eingesetzt wird, ist die Sorge des Menschen für sich selber und seine Angehörigen zu sorgen“.

So steht die Pflicht zur Selbsterhaltung auch am Anfang des unternehmerischen Ethos. Dieses Ethos ergibt sich aus seinem unternehmerischen Eigentum und seiner Rolle in der Marktwirtschaft. Sein oberster Imperativ lautet: setze dein Eigentum so ein, daß es deinen Kunden, und damit auch dir selbst, maximalen Nutzen bietet.

Die soziale Verantwortung eines Unternehmers zeigt sich vor allem darin, den Kunden Nutzen zu bringen und der Gewinn, die Rendite, ist ein Zeichen, in welchem Maße er das erfolgreich getan hat. Arbeitsplätze entstehen dabei zwangsläufig, aber nur in der Höhe, wie es Wettbewerbs- und Kostensituation zulassen. Des Unternehmers primäre „soziale Verantwortung“ ist es, den Märkten zu dienen, den Kunden, *nicht den eigenen Beschäftigten*. Diese wird er fordern aber auch fördern, hegen und pflegen, wenn er erfolgreich bleiben will. Sie sind das „höchste Gut“ eines Unternehmens, aber die betrieblichen Arbeitsplätze sind nie für sich selber, sondern für die Kunden da. Dies sollte man nie vergessen!

Der Unternehmer ist ein *professioneller Knappheitsüberwinder*, sein Ethos und sein zentraler Auftrag ist, das Brot zu vermehren, nicht es – im Zeichen etwa der „sozialen Gerechtigkeit“ – zu verteilen. Die Unternehmer erzeugen „das Brot“ – und die Politiker schneiden es dann nach ihrem Belieben zurecht. Wir brauchen heute eine Unternehmerethik des „Mehrens“, keine des Rationierens und Teilens.

Wie der Unternehmer sein Kapital letztendlich einsetzt ist natürlich seine Sache. Immer mehr Unternehmer sind aber durchaus bereit, einen Teil ihres erwirtschafteten Überschusses für das Allgemeinwohl einzusetzen. Das halte ich für gut und praktiziere es wie viele meiner Unternehmerkollegen auch mit meinem Unternehmen.

Nach einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn sind vier von fünf mittelständischen Unternehmen in Corporate-Citizenship-Projekten aktiv. Die Gründe für den sozialen Einsatz sind oft unterschiedlich. Corporate Citizenship gibt den Unternehmen die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und sich als Organisation mit Sinn für die Belange der Gemeinschaft zu profilieren und so gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Je besser es den Unternehmen geht, desto größer ist die Chance, daß sich Unternehmer für das Allgemeinwohl einsetzen können – siehe USA mit vielen positiven Beispielen.

Ich denke, die Politik hat den Bedürfnissen der Bürger zu dienen und nicht die Wirtschaft zu beherrschen. Daß man in der Wirtschaft „ökonomisch“ denkt, ist ja wohl selbstverständlich und es wäre den Regierungen nur zu wünschen, daß sie dies auch täten. Dann würden wir heute finanziell nicht am Abgrund stehen.

Der Siegeszug des „Kapitals“ ist auch international von großem Vorteil, je beweglicher es ist, desto mehr. Alle Länder, die sich im Zeichen der Globalisierung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingegliedert haben, zeigen einen steilen Aufstieg an Wohlstand, Lebenserwartung, Bildung. Indien und China sind die bekanntesten neuen Aufsteiger. Irland wurde zu einem führenden Land im EU-Raum und zwar dadurch, daß es Investoren wie „Heuschrecken“ anzieht. Diese „Heuschrecken“ grasen aber das Land nicht ab, sondern tragen zu dessen Wohlstand bei, wie ja eine genauere Musterung der seltsamen Ächtungsliste von Münzfeuerung selber belegt.

Es zeigt sich nach den Statistiken des World Economic Freedom Report, dass zwischen dem Grad der Freiheit des Kapitals und dem Wohlstand ein direkter Zusammenhang besteht. Die unfreiesten Länder sind gleichzeitig die ärmsten. Man muß hier nicht nur an Nordkorea oder Kuba denken, die unter dem „Primat der Politik“, wie Münzfeuerung dies nennt, ihre Wirtschaft zugrunde gerichtet haben. Deutschland war nach dem zweiten Weltkrieg das große Aufsteigerland wie jetzt Indien oder China, indem es sparte und Kapital bildete. Es erlangte dadurch Weltgeltung.

Daß Ostdeutschland immer noch am Transfertropf hängt, liegt ebenfalls nicht am „Kapital“, das diesen unattraktiv gemachten Standort meidet, sondern an der ökonomischen Inkompetenz der Politik seit der Wiedervereinigung. Durch Subventionen und durch Regulierungen nach westdeutschem Standard macht man es den Unternehmen schwer unabhängig und den Bürgern schwer selbstständig zu werden. Auch das ist nicht sozial.

So kann man also generell sagen: überall da, wo der Staat in Überschätzung seines Wissens und seiner Kompetenz und trotz aller gegenteiligen Erfahrung in die Wirtschaft eingreift, die Einkommen sozialisiert und die Menschen in seinen sozialen Versorgungssystemen am Gängelband hält, geht es mit der Standortqualität bergab. So ist die „Bürgerversicherung“ ein Euphemismus für die Sozialisierung der privaten Versicherungswirtschaft. Die von manchen jetzt geforderte Erhöhung der Erbschafts- und die Wiedereinführung von Vermögenssteuern schwächt nur die Kapitalsubstanz, aus der wir alle leben.

1. Mögen sich Vorstände großer AGs zu hohe Gehälter oder Abfindungen genehmigen: darüber müssen ihre Eigentümer, aber nicht die skandalgeschüttelte Politik, befinden. Das Störgefühl entsteht nur dann, wenn die Eigentümer aufgrund der Strukturen der alten Deutschland AG nicht tätig werden (können) und Fehlleistungen noch belohnt werden. Das geschieht gerade, wenn der Markt nicht funktioniert.
2. Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Bürgers, hat Ludwig Erhard einmal gesagt. Es sollte darum heißen: Kapital: ja bitte! Und möglichst viel davon! Und: so wenig Staat wie nötig. Im Grunde haben wir Unternehmer gegenwärtig vor allem *eine* Bitte an den deutschen Staat: Geh mir aus der Sonne!

Wenn sich die Politiker wieder auf die wirtschaftlichen Grundsätze Ludwig Erhards besinnen würden, könnten wir ein zweites Wirtschaftswunder in Deutschland schaffen mit allen positiven Begleiterscheinungen.